

Wegzettel
 Dr. Galle überführt bei vornehmlicher
 Bestimmung 2,50 M., durch die Post
 2,25 M., einschließlich Zustellungsgebühren.
 Bestellungen werden bei allen Reichs-
 postämtern angenommen.
 Im amtlichen Zeitungsbereich
 unter „Galle-Beitung“ eingetragen.
 Für unentgeltliche Einsendung
 von Briefen, die den Namen des
 Redakteurs mit dem Namen der
 „Galle-Beitung“ enthält.
 Verantwortl. Redakteur Dr. 1140;
 der Anzeigen-Abteilung Nr. 178; der
 Abonnements-Abteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.
Saale-Beitung.
 Erscheinungstag: Sonntag, den 22. November 1913.

Anzeigen
 werden die 6 getragene Kolonne
 oder deren Raum mit 30 Pf., solche
 aus 4 mit 20 Pf., berechnet und in
 ihren Rahmen und alle
 Kleinanzeigen in demselben
 Rahmen die Zeit 75 Pf. für 10 Zeilen,
 abwärts 1 Pf.
 Erscheint täglich einmal,
 Sonntags und Montage einmal.
 Redaktion und Haupt-Verwaltung:
 17: Saale, Gr. Braubachstraße 17;
 Nebenredaktion: Markt 24.

Nr. 547. Halle, Sonnabend, den 22. November 1913.

Die parlamentarische Ohnmacht von Industrie und Handel.
 Von einem Parlamentarier.

In der letzten Ausschussung des deutschen Handelstages ist die alte Klage wieder hervorgetreten und eingehend behandelt worden, daß Industrie und Handel nicht denjenigen Einfluß auf Regierung und Gesetzgebung in Deutschland haben, der ihnen nach ihrer Stellung im deutschen Wirtschaftsleben von Rechts wegen zukommt. Früher wandte man sich bei solchen Gelegenheiten mit Vorliebe an die einzelnen politischen Parteien und forderte, daß sie bei Aufstellung ihrer Kandidaten mehr als fester Handel und Industrie berücksichtigen möchten. Aber seitdem die Parteien, und insbesondere die in erster Linie angelegten Liberale, den Nachweis erbringen konnten, daß weniger ihr großer Wille als vielmehr die persönliche Bequemlichkeit der großen Industrie- und Handelskreise zur Übernahmenseitiger, parlamentarischer Pflichten fehle, hat man andere Wege aufgesucht, um den allzu geringen Einfluß jener Kreise auf Gesetzgebung und Regierung zu steigern. In der Zentralvertretung des deutschen Handels in der Ausschussung des deutschen Handelstages, hat man eine ganze Reihe praktischer Forderungen aufgestellt, deren Erfüllung von den Abgeordneten und Regierungen verlangt wird.

Freilich enthält gleich die erste Forderung eine Selbstverständlichkeit, über die eigentlich nicht lange verhandelt zu werden brauchte. Die Industriellen selbst sollen in den Parteien, denen sie angehören, ihre Interessen entscheidender vertreten, als bis jetzt geschieht. Gerade gegen diese Selbstverständlichkeit wird aber oft genug geflüchtet. Teils aus Zeitmangel, teils aus Unkenntnis der politischen Realitäten halten sich die einflussreicheren Industrie- und Handelskreise von den politischen Organisationen fern, in denen doch die politischen Stimmungen aufstehen können, die Entscheidungen getroffen werden, die für die Haltung der Gesetzgebenden Faktoren, die Regierungen und Parlamente maßgebend sind. Sie glauben, wie übrigens auch zahlreiche hervorragende Vertreter anderer bürgerlicher Berufe, ihre politische Pflicht erfüllt zu haben, wenn sie kurz vor den Wahlen eine Verammlung besuchen, vielleicht auch ein kleines, finanzielles Opfer für ihre Partei bringen. Wenn in Zukunft diese Parteibeinflussung als gänzlich ungenügend erkannt und eine andere tätige Mitarbeit in der politischen Kleinarbeit ergibt wird, können nicht nur Handel und Industrie, sondern auch die Parteien selbst davon Nutzen haben.

Auch die zweite Forderung des Ausschusses des Deutschen Handelstages berührt eine Selbstverständlichkeit, wenn sie gründliche Unterweisung der Abgeordneten bei Sachverständigen verlangt, bevor sie Initiativanträge stellen, die das Gemeinwohl angehen. Die zunehmende Verfehlung des modernen Wirtschaftsprozesses sorgt schon ganz von selbst dafür, daß auch solche Abgeordnete, die es mit ihrer Informationspflicht nicht peinlich genau nehmen sollten, immer wieder auf den Rat sachverständiger Nichtparlamentarier zurückgreifen müssen, wenn sie wichtige gesetzgeberische Anregungen oder gar Anträge bringen wollen. Die Schwierigkeit liegt hier auch gar nicht auf dem Gebiete der Einholung von Gutachten — mit denen werden die Parlamentarier in der Regel von allen Seiten überhäuft —, sondern in der richtigen Auswahl der Meinungsfundgebungen und in dem gerechten Ausgleich der widersprechenden Ansichten.

Die Regierung soll eine bessere Berücksichtigung der Industrie- und Handelskreise dadurch betätigen, daß sie vor Erlass von Gesetzen die geordneten Vertretungen dieser Kreise anhört und die zu diesen Entwürfen eingegangenen Äußerungen aus Interessentkreisen übersichtlich und systematisch zusammengestellt den Parlamentarierkommissionen vorlegt. Auch diese Forderungen kennen offene Türen ein. Jeder Parlamentarier kann befinden, daß bei allen wichtigeren Vorlagen nach diesem Rezept verfahren wird. Oft genug hat man ja auch Arbeiter- und Angestelltenkreise, beispielsweise bei dem Petroleumgesetzwerk, neuerdings bei der Sonntagsgesetzvorlage, Hören hören, daß ausschließlich die Arbeitgeber und die gleichmäßigen Vertretungen von Handel und Industrie, nicht aber auch die Organisationen und Vertreter der von jenen Abhängigen vorher als Berater befragt wurden.

In die Adressen der Parlamentarierkommissionen und der Parlamente selbst gehen die Wünsche, das von den Interessenten beigebrachte kritische Material in der Kommission durch besondere Berichterstatter übertragen zu lassen, soweit es der Hauptberichterstattung nicht berührt — was heute bereits allgemeine Übung der Kommissionen ist — und Sachverständige in den Beratungen heranzuziehen. Man braucht nur an die zahllosen Sachverständigenberichte zu erinnern, die sich die Reichskommision zwischen erster und zweiter Lesung der Regierungsvorlage hatten ließ, oder an die Masse der zugegangenen Gutachten der Reichsdenkschriftenkommission und sehr wieder in der Wahlkommission, um zu erkennen, daß auch auf diesem Gebiete das Notwendige bereits geschieht.

So bleiben aus der Zahl der Vorschläge des Ausschusses

des Deutschen Handelstages eigentlich nur zwei übrig, die wirklich praktische Neuerungen erfordern: die Behebung des Wirtschaftlichen Ausschusses im Reichstage durch Sachverständige und beschleunigte offizielle Berichterstattung aus den parlamentarischen Kommissionen. Hier werden offensichtliche Mängel des Parlamentslebens berührt, die dringender einer Abhilfe im Sinne des Deutschen Handelstages bedürfen. Der Wirtschaftliche Ausschuss schlägt, und die Berichterstattung aus den Parlamentarischen Kommissionen ist so lächerlich und unbedeutend, daß die Interessenten außerhalb des Reichstages sich bei aller Mühe in der Regel kein klares Bild von den Vorkommnissen in wichtigen Fragen machen können. Die Behebung des Wirtschaftlichen Ausschusses würde wohl zu erzielen sein durch regere Anteilnahme der Handels- und Industriellenteile im wirtschaftlichen Leben und die Reform der Kommissionsberichterstattung würde trotz unverkennbarer technischer Schwierigkeiten durchzuführen sein, wenn die Kritik aus denselben Kreisen viel lebhafter als bisher einlehen wollte.

So können Regierungen und Parlamentarier den Industriellen und Handelsherren die übertriebene lange Wunschliste mit der Mahnung zurückgeben: Legt selbst nur eifrig Hand ans Werk, gleich wird es besser werden!

Die Streikunruhen in Nordfrankreich.

Der Zustand der Kohlenbergwerke in Pas de Calais hat einen beunruhigenden Charakter angenommen. In dem durch die große Katastrophe bekannt gewordenen Courrières spielten sich gestern die heftigsten Szenen ab. Eine Schar von über 2000 Streikenden hatte sich zum Schacht II in Willefontaine versammelt, wo die Gesellschaft fremde Arbeiter, darunter Arbeiter aus Spanien, in Dienst genommen hat. Die Leute brüllten die Türen ein, zertrümmerten die Fenster und schrien sich an, die Kanonen der 3. Armee zu durchschneiden. Zum Glück war Infanterie und Gendarmarie rechtzeitig zur Stelle. Als die Streikenden ihren Anschlag auf den Schacht vereitelt sahen, ertrichteten sie Barricaden und besaßen die Gendarmen mit Mörserfeuer. Erst der Kavallerie gelang es bald, die Manifestanten auseinanderzutreiben.

In verschiedenen Orten hielten die Streikenden eisenbahnhafte und veranlaßten zureichende Arbeitswillige, auszuweichen.

Der Ausstand beginnt auch bereits auf die Kohlengebiete des Departements du Nord und du Loire überzugreifen, dergleichen haben bereits in den Kohlengruben von Anzin 3000 Mann die Arbeit eingestellt. Die Direktoren der Grubengesellschaften traten gestern zu einer Beratung zusammen; heute lassen sie erklären, daß die neunstündige Arbeitszeit, die den Ausstand hervorgerufen hat, nur eine zeitweilige und bedingungslose, keineswegs aber eine dauerhafte sei.

Der Deputierte Kohn erklärte in einer in Nantes abgehaltenen Ausschussung des Bergarbeitersyndikats, er hoffe, daß die Regierung, wie in früheren Fällen so auch diesmal, bei den Bergarbeitergesellschaften zugunsten der Bergleute intervenieren werde. Falls sich die Gesellschaften entschließen würden, die langen Schichten abzuschaffen, würde der Streik sofort beendet werden.

Der nationale Ausschuss des Bergarbeiterverbandes in Carmaux veröffentlichte einen Aufruf, in dem erklärt wird, daß weder die Regierung, noch das Parlament die gegebenen Versprechungen erfüllt hätten, was unter den Bergleuten berechtigter Entrüstung hervorgerufen habe. Der Ausschuss müsse jede Verantwortung für etwaige Folgen dieser Haltung der öffentlichen Gewalten ablehnen.

Deutsches Reich.

Vom neuen preussischen Heeresetat.

Im preussischen Militärstatut für 1914 sind im ganzen bei den fortdauernden Ausgaben 84 Mill. M. gegen das Vorjahr mehr gefordert; 764 gegen 690 Mill. M. Bei den einmaligen Ausgaben bleibt die Forderung um 217 Mill. M. gegen das Vorjahr zurück: 304 Mill. gegen 521 Mill. im Etat und Nachtragsetat 1913. — Den Löwenanteil an den einmaligen Ausgaben trägt das Garnisonverwaltungswesen mit 342 Titeln für Bauten im, im Gesamtbetrage von 114 Mill. M. — Unter den fortdauernden Ausgaben des neuen Etats verdienen folgende Forderungen hervorgehoben zu werden.

Erhöhung der Dienstprämie der Unteroffiziere um 1000 Mark auf 1500 M. Zugleich wird die Dienstprämie vom vollendeten zwölften Dienstjahr bis zum Auscheiden vermindert mit 4 v. S. jährlich.

Erhöhung des festen Bestandteils des Besoldungsgeldes für die Mannschaften von 16 auf 19 Pf. pro Kopf und Tag 5,7 Mill. M.

Gewährung des Besoldungsgeldes für Unteroffiziere an sämtliche Kapitulant. — Die Gewreiten-Kapitulanten müssen aus Gründen der Disziplin am Unteroffizier-Mittagsgeld teilnehmen, erhielten bisher aber nur das Besoldungsgeld für Mannschaften.

Gewährung der vollen Verpflegungsgeldbeiträge an die Unteroffiziere und Kapitulant während des Urlaubs. Verbesserung der Beleuchtung in den Mannschafsstuben der Kasernen durch Vermehrung der Petroleumlampen und Erhöhung der Zahl der Brennstunden.

Verklärung des Manöverfonds um 2 112 000 M. — Aus Anlaß der vermehrten Abholung von Korpsmanövern, von Manövern der Armeekorps gegen maritimen Feind und gegeneinander unter Leitung der Armeespezialisten, der vermehrter Zusammenziehung von Kavallerie-Divisionen.
 Verklärung des Übungs- und Unterrichtsgebühren der Berlestruppen um 2 169 000 M. und Verklärung des Fonds zur Instandhaltung des Feldgeräts der Berlestruppen um 2 545 000 M. Beides bedingt durch die Ausdehnung des Luftschwelebens.
 Errichtung eines Referats in der Ministerialabteilung des Kriegsministeriums.
 Errichtung einer Auskunftsstelle im Interesse der Zivilverlorenung der Offiziere. Diese seit 1. April verlaufenerweise bestehende Einrichtung hat sich bis jetzt großen Zuspruchs erfreut.

Die Neuregelung der Pensionsgesetzgebung
 ist — so schreibt die Corr. des Deutschen Referats — in Preußen und mehreren andern deutschen Staaten notwendig geworden, nachdem seit Einführung der neuen Pensionsgesetze der Fall eingetreten ist, daß der Arbeitgeber Staat seine Beamten in anderer Bestimmung höchster stellt als andere Arbeitgeber ihre Angestellten.

Nach den geltenden Bestimmungen beginnt der einmündige Anwärter auf Ruhestand erst nach sechsjähriger Dienstzeit, d. h. für die meisten mittleren Beamten erst nach dem 30. Lebensjahre, während Privatangestellte bereits mit 25 Jahren zum Bezug der Rente berechtigt sein können. Diese sozial durchaus anerkenntmerkte Maßnahme müßte auf die Beamten und Lehrer in der Weite angewandt werden, daß ihnen von der besten Anstellung ab ein Anspruch auf Ruhestand aufsteht, wie das bereits in einer großen Reihe anderer deutscher Staaten der Fall ist. Auch die Beschränkung auf 75 v. S. als Höchstmaß wird außer in Preußen nur noch in fünf deutschen Staaten aufrechterhalten; viele geben schon heute bis zu 90 und auf 100 v. S. Dreiweites muß aber der Anfinstanz zu bemerken sein, daß er wenigstens für die notwendigen Bedürfnisse ausreicht. Das dürfte trotz der 1907 erfolgten Erhöhung von 20 v. S. des pensionsfähigen Dienstalters nicht der Fall sein. So beträgt z. B. das Ruhegehalt des Volksschullehrers nach 10 Dienstjahren bei dem heutigen Pensionsfuß nur 600 Mark, dazu als Durchschnittssatz für die Wohnung 180—200 Mark, insgesamt also 780—800 Mark. Wenn der Minister von Buttamer im Jahre 1879 schon 600 Mark als das Existenzminimum anlaß, so dürfte es angelehnt der gewaltigen Preissteigerung und Geldwertminderung seit dieser Zeit heute kaum möglich sein, eine Familie mit 800 Mark zu erhalten. Auch in dieser Beziehung sind andere deutsche Staaten, besonders Preußen und Bayern, in Anfinstanz 40 oder 50 v. S. fest. Dann fehlt es an einer besonderen Fürsorge für Beamte, die durch einen im Dienste erfüllten Unfall dienstunfähig werden. Die Unfallrente beträgt aus unabhängig von Alter und Beiträgen 2/3 des Jahresnettoverdienstes, eine Summe, die unter gewissen Umständen sogar bis zur vollen Höhe des Gehalts erhöht werden kann. Dabei kommt noch in Betracht, daß das Jahresnettoverdienst für die im Unfallversicherung umschlossenen Kreise ungefähr das gleiche bleibt, sich jedenfalls nicht in dem Maße wie die Besoldung des Beamten erhöht. Der verunglückte Beamte erhält als Rente immer nur das halbe Gehalt, das ihm nach seiner Dienstzeit zustand, und das ist bei frühzeitiger Pensionierung ein geringfügiger Betrag, daß der Beamte, namentlich wenn er Familie hat, dabei nicht existieren kann. Auch hier muß von einer Neuregelung der Pensionsbestimmungen Abhilfe erwartet werden.

Ein Tropfen echt liberalen Dels. Die „Koll“ schreibt in ihrer Beilage einer Schrift „Deutschkonfession“, der der Führer der Konfessionen, Abg. v. Sendebard, ein Geleitwort mitgegeben hat, u. a.:

Umland hat einst, 1848 im Frankfurter Parlament, gesagt: „Es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Dels gelobt ist.“ Wir möchten dies Wort zeitgemäß für die Deutschkonfessionen umformen, indem wir ihrer Parteipolitik einen vollen Tropfen echt liberalen Dels wünschen. In jeder Beziehung für die Behauptung von Schul- und kirchlichen Fragen. Es ist nicht einzusehen, warum sich der politische Konfessionismus nicht mit echt liberaler Duldung und Weisheitigkeit auf religiöse kirchliche Gebiete vertragen soll; warum sich noch immer Männer als aus der Konfessionen Partei ausgeschliffen betrachten müssen, die sich auf ein bestimmtes kirchliches Parteibekanntnis nicht festlegen lassen wollen.

Sehr hübsch gesagt. Wo ist aber der Tropfen echt liberalen Dels bei denen um Politik, die doch der freikonfessionellen Volk sehr nahe stehen.

Der Massenaustritt aus der Landeskirche. In Stelle der polizeilich verbotenen Haftungsverklammerungen haben gestern Abend in Berlin zwölf Volkserverklammerungen stattgefunden, in denen 4209 Kirchenausstrittserklärungen abgegeben wurden. Sieben Verklammerungen wurden wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt. In den Pharus-Sälen wurde sogar ein Pfarrer zurückgewiesen, der sich verspätet hatte. In Reinoldenried, Oberhofenweide, Charlottenburg wurden die Verklammerungen von uniformierten Polizeibeamten überwacht.

Der Bundesrat nahm die Etats des Reichsanhalts des Innern, der Allgemeinen Finanzverwaltung, des Reichsschatzamt und der Reichsjustiz an und stimmte dem Gesetzentwurf betreffend die Feststellung des Reichshaushaltssetats für das Jahr 1914 zu.

Arbeitswilligenshaft und Handlungsgebühren. Der Verein für Handlungs-Kommis von 1858, Hamburg, erludt durch seine Landesgeschäftsstelle Berlin um die Feststellung, daß er die vorzeitige Befanantung der Entschließung des Industrie- und Handels-Kommis über den Arbeitswilligenshaft mitbilligt. Diese Entschließung bewege sich zwar auf dem Boden der bestehenden Gesetzgebung und fordere kein Ausnahmegeleß, wirke aber doch in der Richtung, die Freiheit der

öffentlichkeiten kämpfte zugunsten „der Gelben“ zu bezeichnen.

Parteinachrichten.

Dr. Jahn und die Nationalliberalen. Eine berechtigte Anrede richtete die nationalliberalen „Westfälischen Nachrichten“ an den Bund der Nationalliberalen der westfälischen Zeitung des Herrn Dr. Diederich Jahn in seiner Osnabrücker Rede: unter demselben Titel könnte jenseitig ohne Industrie wohl stehen; die Taten vor hundert Jahren habe Preußen ohne Großindustrie und Großhandel vollbracht. Das Organ der westfälischen Nationalliberalen fragt: Wie paßt diese Rede zu den Grundgedanken des sog. Leipziger Kartells? Genau so, möchten wir darauf antworten, wie seinerzeit der Satz eines bindersdorfer Flugblattes, die industriellen und handelsinteressen seien die Interessen der Börzengötter, Kohlenbarone und Schloßherren, oder wie das Wort der „Westfälischen Zeitung“, die Kohlenindustriellen seien die begünstigten Ausbeuter der nationalen Bodenbesitzer, des „eigenlich der Gesamtheit zugehörigen Eigentums“.

Ausland.

Die Parlamentswoche im Auslande für Auswärtige Angelegenheiten.

Aus Wien wird berichtet: In der getrigen Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der ungarischen Delegation nahmen auch die oppositionellen Delegierten teil. Károlyi Katócsky, der von den Sitzungen des Abgeordnetenhauses bis zum 26. November ausgeschlossen ist, wurde, als er vor dem Delegiertenpalais erschien, von Saaloberkommisaren mitgeteilt, daß die Kritik seiner Ausschlusssache noch nicht abgeschlossen ist, worauf Katócsky sich entfernte. Vor Übergang zur Tagesordnung protestierte Graf Hadik gegen die Verwendung der Parlamentswoche in der Delegation, worauf der Ministerpräsident Graf Tizsa die Verwendung der Parlamentswoche auch in der Delegation eingehend rechtfertigte. Graf Andrássy bekräftigte den Standpunkt Tizsas und erklärte, er werde zur Erörterung der Frage die Einberufung einer außerordentlichen Plenarsitzung der Delegation verlangen. Graf Apponyi schloß sich den Ausführungen Andrássy und Hadik an, worauf die Debatte über das Expedé des Grafen Berchtold begann.

Praktische Wünsche der russischen Duma.

Die Reichsduma setzte gestern die Beratung des Antrages fort, der die Immunität der Duma-Abgeordneten und gewählten Reichsräte für die Ausübung ihres Mandats gesichert werden soll. Die Duma erklärte mit 129 gegen 68 Stimmen die Vermittlung des Antrages für unzulässig. — Weiter wird sich die russische Regierung sehr wenig an diese durchaus berechtigten Wünsche kehren.

Die Sufstegen als Brandstifterinnen.

Ein auf einem Holzschuppen in Erford ausgebrochener Brand hat einen Schaden von mehreren tausend Mark verursacht. In der Nähe lagen Schriften der Brandversicherer.

Ein neuer österreichischer Kriegshafen.

Der österreichische Kaiser wird zu einem Kriegshafen umgebaut werden. Gleichzeitig sollen die Befestigungswerke des alten Kriegshafens Pola bedeutend verstärkt werden.

Serbien Anteil an der türkischen Staatsschuld.

Von den Staaten, die mit der Türkei Krieg geführt haben, hat Serbien als erster den Grundhaft anerkannt, daß es einen, dem von ihm eroberten Gebiet entsprechenden Anteil an der türkischen Staatsschuld zu übernehmen hat. Wie der Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ schreibt, ist dieser Anteil nunmehr auf 17 Prozent festgesetzt worden, was einer jährlichen Zinslast von 2 Millionen Mk. bzw. einem Kapital von 40 Millionen Mk. entspricht.

„In den Armen liegen sieh beide...“ Einer New Yorker Meldung zufolge fand am Mittwochabend im Palais von Chapultepec ein Empfang des diplomatischen Korps statt. Es fehlte allgemein aus, mit welcher Wärme Präsident Huerta den Vertretern der Vereinigten Staaten und Besandte die besten Genesung wünschte. Er umarmte ihn, küßte ihn auf beide Wangen und erwiderte schließlich sein Glas mit den Worten: „Meine Herren, ich bitte Sie, Ihr Glas auf das Wohl der Vereinigten Staaten zu leeren.“ — Die New Yorker Depesche gibt den Grund dieser merkwürdigen Rundgebung Huertas nicht an.

Halle und Umgebung.

Salz. 27. November.

Revisionsverband gewerblicher Genossenschaften, e. V., Halle a. S.

Der 18. ordentliche Verbandstag des Revisionsverbandes gewerblicher Genossenschaften, e. V., in Halle, wurde am 18. November von den angeschlossenen Genossenschaften unter reger Beteiligung hier abgehalten. Herr Verbandsdirektor G. F. F. F. F. leitete die Verhandlungen und begrüßte die erschienenen Vertreter der Verbände, der angeschlossenen Genossenschaften und die Gäste. Es waren entandt von Herrn Oberpräsidenten der Provinz Sachsen Herr Regierungsrat Dr. Krohne, von Herrn Regierungspräsidenten von Magdeburg Herr Regierungsrat Dr. v. Conta, vom Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften in Berlin Herr Syndikus Amstutz Herr Hey, von der Handwerkerkammer in Dessau Herr Dr. Keigel, von der Handwerkerkammer in Erfurt Herr Grenzbröcker und von der Handwerkerkammer in Halle die Herren Schomburg, 1. Vorsitzender, und Voigt, Sekretär. Es waren 37 Genossenschaften durch 56 Genossen vertreten.

Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß in dem Berichtsjahre (1. April 1912 bis 31. März 1913) dem Verbande 38 Genossenschaften angeschlossen waren und daß die Endergebnisse der Statistik für das Jahr 1912 folgende Zahlen aufwies. Die Zahl der Genossen betrug am 1. 4. 1913 2 281 (1. 4. 1912 2 200), Gesamtsumme 1 869 240 (1 713 900), das Geschäftsausgaben der Kreditgenossenschaften 92 906 (92 072), das Geschäftsausgaben der Kreditgenossenschaften 528 431 (428 886), das Geschäftsausgaben der anderen Genossenschaften 229 586 (232 412), die Rezerwen der Verbandstafel 12 572 (12 198), die Rezerwen der Kreditgenossenschaften 70 840 (50 953) und die Rezerwen der anderen Genossenschaften 117 223 (101 736). Aus vorstehenden

Ziffern ist zu ersehen, daß die Verbandsgenossenschaften ständig im Wachstum begriffen sind.

Die Verhältnisse des Bankvereins J. u. L. u. R. o. d. a. und Umgebend, e. G. m. b. H. in Zeulenroda, der sowohl dem Revisionsverbande als auch dem Verbande gewerblicher Genossenschaften e. G. m. b. H. in Halle angeschlossen war, führten zu einer längeren Verapzung. Der Geschäftsbericht stellt fest, daß die letztgenannte Zentralstelle nur noch eine beschränkte Fortsetzung an diese Genossenschaft hat und daß diese durch anderweitiges Geschäft einmündig abgeteilt ist; ein Risiko ist nicht mehr vorhanden. Die Auflösung der Genossenschaft hebt automatisch die Mitgliedschaft zum Revisionsverband auf. Die Sammelarbeiten dieses Unternehmens waren durch unerwartete Vergabe großer Mittel an ein imwärtiges in Konturs gegangenes Unternehmen in Jena, sowie durch absichtlich unterlassene Buchungen der von diesem und der für dieses Unternehmen gegebenen Wechsel, sowie durch vermutlich feilschlagende Börsenspekulationen des imwärtigen bei der Fremdenlegion eingetretenen Direktors Stad, der die übrigen Mitglieder der Verwaltung gefügig haben soll, eingetreten.

Dieser Fall lehrt von neuem, daß in den Genossenschaften nicht einzelne Personen eigenmächtig handeln dürfen, sondern vielmehr die Mehrheit der Geschäftsleiter und Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates des Vorstandes und des Aufsichtsrates unterrichtet sein müssen. Es ist direkt unzulässig, daß der Verband ohne oder durch die Erhöhung bisheriger Kredite nur ein Vorstandsmitglied verhandelt, und daß die anderen Vorstandsmitglieder und der Aufsichtsrat zu größeren Engagements nicht zugezogen werden. Die zu den Verbänden nicht zugehörigen Organe werden bekanntlich aber von ihrer Verantwortungspflicht nicht frei, was auch in Zeulenroda jetzt in die Erscheinung tritt.

Im Laufe des neuen Geschäftsjahres sind imwärtigen sechs Genossenschaften und zwar vier Kredit- und zwei Einkaufsgenossenschaften dem Verbande beigetreten. In der Diskussion über den Voranschlagsplan 1914 hat die Ration der D. bekannt, in denen sich Gelegenheiten zur Bildung neuer Genossenschaften befinden dürften. Er kann die Bildung eigener Submissionsgenossenschaften, deren Geschäft die Rohstoffgenossenschaften besser erledigen können, nicht empfehlen. Zur besseren Schulung der Verwaltungsmittelglieder seien Genossenschaftskurse in Aussicht zu nehmen. Herr Direktor Kottler warnt vor der Einräumung größerer Kredite bei den Verbandsgenossenschaften, weil solche geeignet sind, das Unternehmen zu gefährden.

Herr Syndikus Amstutz Herr Hey aus Berlin hielt sodann einen längeren Vortrag über

„Das Stempelgesetz in seiner Bedeutung für die Genossenschaften“.

In dem er zunächst einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der Stempelsteuerverordnungen für die Genossenschaften, die bis zum Jahre 1895 vollständig stempelsteuerfrei waren und nach und nach bei dem zunehmenden Steuerbedarf in nicht geringem Umfang und bei mancherlei Geschäften zur Steuer herangezogen werden. Das neue Stempelgesetz ist für das Genossenschaftswesen ein schwerer Schlag, da durch die harten Bestimmungen die Zahl der Mitglieder bei den bestehenden Genossenschaften nur langsam zunehmen und die Erziehung einer neuen Genossenschaft sehr erschweren wird. Nach den Bestimmungen sind die Satzungen der neu errichteten Genossenschaft mit 3 Mark und wenn die Genossenschaft über den Kreis ihrer Mitgliedschaft hinaus geht, mit ein Zwanzigstel Prozent des Geschäftsvermögens, jedoch mindestens mit 20 Mark, zu veranschlagen. Vom 1. Oktober 1913 an ferner, und das ist schwerwiegend, die Beitrittsverpflichtungen der neuen Mitglieder mit ein Zehntel Prozent des Geschäftsanteiles, jedoch mindestens mit 10 Mark, zu veranschlagen, wenn der Geschäftsbetrieb der Genossenschaft über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht, wird der Beitritt zur Genossenschaft gemacht, daß jede Genossenschaft ihre Satzung nach einem der neuesten Geschäftsrichte dem zuständigen Hauptzollamt zur Begutachtung einreicht. Je nachdem, wie daselbe entscheidet, wird für die Beitrittszahlung Stempel zu zahlen sein oder nicht. Glaubt die Genossenschaft, daß sie im Ansehn zu dieser Beitrittszahlung herangezogen wird, so ist es zweckmäßig, die höhere Zahlung anzurufen. Die Übertragung des Geschäftsanteiles und die Erhöhung des Geschäftsanteiles ist an sich nicht stempelpflichtig, der Kreis der Mitglieder und des Stempels, ebenso die Art des Geschäftsbetriebes. Der Referent trägt vor die Vorschriften für Beitrittsverpflichtungen, Steuern, das Verfahren der Stempelverwendung. Dieses Gesetz ist geeignet, die Weiterentwicklung aller Genossenschaften zu hemmen. Der Gesetzgeber hat die soziale Bedeutung der Genossenschaften und den Umstand übersehen, daß die Genossenschaften keine hohen Vermögen besitzen und daß, wenn der Wertimpel in Frage kommen soll, die Anteile mehr als 10 000 Mark betragen müssen, daß also mit dem Stempel das dreißig- bis hundertfache des Wertimpels erhoben werde. Große Genossenschaften, bei denen die Mitglieder reich wechseln, würden 5000 bis 15 000 Mark jährlich an Stempel zu zahlen haben. Bei der Schwierigkeit der Materie sei zu empfehlen, daß sich die Genossenschaften sofort an den Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften in Berlin wenden möchten.

Dieser Vortrag gab zu einer längeren Ausprüfungs Anlaß, an der sich die Herren Blum e. Halle), Rieman n. Erfurt), Kottler (Salz), Große (Erfurt) und andere beteiligten und die dazu führte, daß der Vorstand beauftragt wurde, namens des Verbandes im Wege der Petition beim Bundesrat und dem Reichstag für die Aufhebung der Stempelsteuerpflicht der Beitrittsverpflichtungen vorzulegen zu werden, welcher Antrag einstimmig angenommen wurde.

Der Generalbericht über die abgelaufenen Revisionen gab Herr Verbandsdirektor F. hier, der an Hand der Revisionsberichte feststellte, daß eine Reihe Mängel bei den Revisionen bekannt geworden seien, die teils in Nichtbeachtung gesetzlicher und statutarischer Vorschriften, teils unter Umständen unzulässiger und verwaltungsrechtlicher Grundfälle entstanden wären. Es sei daher dringend notwendig, daß die beteiligten Genossenschaften sich ernsthaft bemühen, die festgestellten Mängel zu beseitigen, dabei aber auch auf andere zu verzichten. Verträge gegen das Genossenschaftsgesetz seien zu vermeiden, indem die §§ 30, 38, 39, 43, 49 und 63 keine Beachtung gefunden hätten. Im weiteren sei die von der Generalversammlung vorgeschriebene Kreditgrenze nicht eingehalten und die Einzelkredite zu hoch

gemessen, die doppelte Buchführung sei nicht durchwegs eingeführt und teilweise mangelhaft ausgebildet. Endlich sind in einigen Fällen die wirtschaftlichen Ergebnisse unberücksichtigt, so daß auch hierin Wandel zu schaffen ist.

Der Kassenbericht, der in Einnahme und Ausgabe mit 3 271 500 Mark abschließt, wird vorgetragen und auf Antrag der Generalversammlung, e. G. m. b. H. in Erfurt, welche die Prüfung der Rechnung ausgeführt hat, Entlastung ausgesprochen.

Zur Prüfung der Rechnung für 1913 wird die Erfurter Generalversammlung, e. G. m. b. H. in Erfurt, gewählt und von dem Hauptstatistiker Kenntnis genommen. Herr Wölschlagant R. A. n. d. a., dessen Halbjahre im Ansehn abgelaufen ist, wird auf Antrag des Herrn C. Grede durch Herrn wieder gewählt. Als Ort der nächsten Tagung wird Erfurt bestimmt, nachdem Kottler seinen Antrag zurückgezogen hat. Die Generalversammlung, e. G. m. b. H., Oberbüdingen am See beschwert sich darüber, daß durch Anweisung des Kreisauusschusses, obwohl für die Geldanlage der Gemeinde Oberbüdingen mündelbüdinge Dedung beschafft sei, die Anlage der Gelder bei ihr verboten worden ist. Der Verbandsdirektor verpflichtet, wenn möglich, im Sinne der Antragssteller zu wirken. Herr G. n. d. a. Herr F. (Erfurt) beantragt Staatsanwaltschaft für die Genossenschaften, welche Ansicht von Herrn Verbandsdirektor Hey und anderen mit Rücksicht auf die Selbstverwaltung und Selbstverantwortlichkeit entgegengetreten wird. Herr Franke (Halle) gibt dem Gedanken Ausdruck, daß die Genossenschaften und deren Mitglieder sich gegenseitig mehr unterstützen möchten. Herr F. a. g. (Halle) macht auf die neuen Schwierigkeiten der Zentralgenossenschaften aufmerksam, welche die Markenlieferanten machen, und beantragt hierbei, daß alle Fachgenossenschaften sich den Zentralgenossenschaften anschließen möchten, um günstige Bedingungen zu erzielen.

„Der Bau der großen Kliranlage.“

Seitens der Bauabteilung wurde eine Besichtigung der im Bau befindlichen Kliranlage auf dem Tafelwerder vorgenommen. Dort sind seit Juni d. J. die Bauarbeiten im Gange; fast ausschließlich wurde Tag und Nacht gearbeitet.

Zunächst wurden die Erdarbeiten bis zum Grundwasser Spiegel ausgeführt; gleichzeitig wurde ein großes potiorisches Wasserwerk angelegt, mit einer Hauptleitung und der nötigen Anzahl Tiefbrunnen rings um die Baugrube herum. Dieses Wasserwerk ermöglicht eine Abkantung des Grundwassers, so daß die Arbeiten ungehindert vom Grundwasser vorgenommen werden können. Die Erd- und Felsarbeiten sind imwärtigen beendet, die Betonarbeiten der Sohle sind bereits fertiggestellt. Im Interesse der Förderung der Arbeiten wie auch der Ausnutzung der teureren Wasserleitung wird mit besonderer Nachsicht gearbeitet. Die Baustelle ist elektrisch beleuchtet.

Man sollte dem höchst zweckmäßig angelegten Betriebe Anerkennung. Bei dem sehr flotten Fortgang der Arbeiten ist nicht zu bezweifeln, daß bereits in der nächsten Jahresmitte mindestens die eine Hälfte der Kliranlage in Benutzung genommen werden kann.

Verhandlung der Galtwitzer Genossenschaft.

Der Mitteldeutsche Bezirk des Deutschen Reichsverbandes der Galtwitzer Genossenschaften hielt gestern in Schöne Galtwitz ein Treffen seiner diesjährigen Bezirksversammlung ab. Vertreter waren die Ortsgruppen Leipzig, Kassel, Erfurt, Jena, Eisenach, Weiskirchen und Halle. Der Vertreter des Zentralverbandes Herr Fingstmann-Hannover sprach über die Frage: „Wie bringen wir unsere Bewegung vorwärts?“ Danach ist der Verband auf etwa 4000 Mitglieder gewachsen, die in 55 Ortsgruppen eingegliedert sind. — Hierauf berichteten die Delegierten über den Stand der Bewegung in den Ortsgruppen. — Die Lohn- und Trinkgelddrage behandelte der Verbandsvertreter. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Der in Halle abgelaufene Bezirk des Mitteldeutschen Bezirks des Reichsverbandes der Galtwitzer Genossenschaften stellt sich nach wie vor in der Entlohnungsfrage auf dem von Vertretern vertretenen Boden. Da sich eine gezielte Regelung der Trinkgelddrage niemals ermöglichen läßt und durch das Fehlen der Tarifbestimmungen sich die Einkommensverhältnisse der Galtwitzer Genossenschaften verschlechtert, muß die Forderung einer Einführung und Erhöhung fester Lohn- und Trinkgelddrage vertreten werden. Auch die Angehörigen des Galtwitzer Gewerbes erleben wie alle anderen Angestellten und Arbeiter Anspruch auf eine geregelte Entlohnung und Anerkennung ihrer Arbeitskraft. Gemäß seien die eigenartigen und tief eingewurzelt Verhältnisse vollständig beseitigt, aber auch der Unternehmer im Galtwitzer Gewerbe ist bei gutem Willen in der Lage, seinen Betrieb nach und nach derartig einzurichten, daß die Angestellten nicht nur auf Trinkgelddrage angewiesen sind.“

In Fragen der Arbeitszeit wurde ebenfalls eine Resolution beschlossen. „Der Bezirksstag hält eine gezielte Regelung der Arbeitszeit im Galtwitzer Gewerbe für dringend erforderlich. Es wird für notwendig erachtet, daß hinsichtlich der besonderen Eigenschaften des Galtwitzer Gewerbes die Arbeitszeit im Galtwitzer Gewerbe durch eine Novelle zur Gewerbestatut neu festgelegt wird. Die Bundesratverordnung von 1902, welche die Arbeitszeit im Galtwitzer Gewerbe nur für einen Teil der Angestellten regelt, stellt obwohl hinsichtlich ihres Inhaltes als auch ihrer Durchführung keinen genügenden Schutz dar.“

In der Stellenwertmittlungsfrage wurde auch eine Entschärfung gefordert. „Durch die Durchführung des Stellenwertmittlungsgesetzes von 1910 ist ein genügender Schutz der Stelleninhaber nicht erreicht worden. Es muß festgestellt werden, daß in vielen Städten Gebühren festgelegt worden sind, die in keiner Weise dem Willen, der für das Zustandekommen des betreffenden Gesetzes maßgebend war, entsprechen. Auch enthält das Gesetz noch weitere Unklarheiten, die einmündig und soziale Durchführung vermissen lassen. Eine Reform des Gesetzes ist darum dringend geboten.“

In den Bezirksverbänden wurden gemäß die Herren Fingstmann, Kottler, Saatzig, Hall, Kottler und Lehmann (Erfurt), dritte, Bezirksleiter. Der nächstjährige Bezirksstag findet in Jena statt.

Vom Genossenschaftsbund. Um den erfolgreich wachsenden ...

Vertreger des Volkswirtschaftlichen Vereinigungs. Orts- ...

Vortragsabend. Der Abendliche Vortragsabend ...

Genoss. erstes Christentum. Herr Dr. ...

Publikum. Auf eine Pflanzliche erfolgreiche Tätigkeit ...

Ein den Anwohnergruppen willkommene Maßregel ...

Geschäfts- und Termin-Kalender.

- 24. November. Bahnhofsvereinsfeier ...
- 25. November. ...
- 26. November. ...
- 27. November. ...
- 28. November. ...
- 29. November. ...
- 30. November. ...
- 1. Dezember. ...
- 2. Dezember. ...
- 3. Dezember. ...
- 4. Dezember. ...
- 5. Dezember. ...
- 6. Dezember. ...
- 7. Dezember. ...
- 8. Dezember. ...
- 9. Dezember. ...
- 10. Dezember. ...
- 11. Dezember. ...
- 12. Dezember. ...
- 13. Dezember. ...
- 14. Dezember. ...
- 15. Dezember. ...
- 16. Dezember. ...
- 17. Dezember. ...
- 18. Dezember. ...
- 19. Dezember. ...
- 20. Dezember. ...
- 21. Dezember. ...
- 22. Dezember. ...
- 23. Dezember. ...
- 24. Dezember. ...
- 25. Dezember. ...
- 26. Dezember. ...
- 27. Dezember. ...
- 28. Dezember. ...
- 29. Dezember. ...
- 30. Dezember. ...

Provincial-Nachrichten.

Niederlage der Sozialdemokraten. ...

H. Könnern. 20. Nov. (Stadterordnungsabteilung) ...

Samstag, 20. Nov. (Ende der Wasserzeit) ...

Überrollungen. 21. Nov. (Wasserleitung) ...

Wahrscheinlich. 21. Nov. (Dach der Isalademont) ...

Wollwisch. 21. Nov. (Die Zunderfabrik) ...

Sengerrubel. 21. Nov. (Ein verdächtiger ...

Freie L. Anh. 20. Nov. (Vertagung der ...

Camburg. 20. Nov. (Alle Friedhöfe.) ...

Kassel. 21. Nov. (Der zweite Bürgermeister ...

Art und Wissenschaft. ...

Hochschulnachrichten. ...

Kunst und Wissenschaft. ...

Art und Wissenschaft. ...

Kunst und Wissenschaft. ...

Art und Wissenschaft. ...

an der Universität Göttingen ist Professor Paul ...

Die Galerieausstellung in Dresden. ...

Ein neues Stück von Henri Nathansen. ...

Sühnenchronik. ...

Aus Anlaß des 100. Geburtsjahres Giuseppe Verdis ...

Neuer Direktor des Nürnberger Stadttheaters. ...

Vermischtes. ...

Die Gemäldeerdmaschine. ...

Zum Verkauf der „Waisensittung“. ...

Die Gemäldeerdmaschine. ...

Zum Verkauf der „Waisensittung“. ...

Die Gemäldeerdmaschine. ...

Zum Verkauf der „Waisensittung“. ...

Die Gemäldeerdmaschine. ...

Zum Verkauf der „Waisensittung“. ...

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.

Aktekapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saxo-7.“)

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 198,62, Disconto 182,75, Deutsche Bank 245,50, Türkenloose 165,25, Lombarden 22,25, Canada 225,87, Laurahütte 148,50, Bochumer Guß 203,62, Gelsenkirchen 172,50, Harpener 172,37, Deutsch-Lüneburg 164,37, Phönix 229,25, A. E. G. 238,75, Hamburger Packetfahrt 131,62, Nordd. Lloyd 117,25, Hansa 266,25. Tendenz: Beiestigt.

Am Kassamarkt notierten höher: Wiesbadener Kronenbrauerei 2,50, Dortmund Unionbrauerei 3, Hessische Brauerei 2, Deutsche Backwaren 2,50, Freund Masch. 2, Heimr. Lehmann 2, Rhein. Metall-Vorz.-Akt. 2, Württemb. Staats-Anleihen Metall 2,50, Störner Fahrrad 4,50, Deutsche Waffenfabrik 2, Rancharven Walter 7, Berliner Unionbrauerei 2,25, Ravensberger Spinneri 2,50, Ver. Händl.-Fabr. 2,50, Braunköhler Brikett 2, Naphtha 5,50; niedriger: Dortmund Aktienbrauerei 2, Hinrichs & Auffermann 2,50, Adler Fahrrad 7,50, Kappel Masch. 4,25, Leipziger Werkzeug 7,75, Panzer 3, Vorfludr. Masch. 3, Wanderer-Werke 2,50, Rosenthal Porz. 3,50, Köln-Rottweiler Pulver 2,75, Akkumulatorenfabrik 5,75, Ver. Hansischlack 2,50, Lindener Werke 1,50, Stöhr Kammingar 2, Th. Goldschmidt 3,50, Riedel 7,75, Union chem. Fabr. 2,50, Ilse Bergbau 6,50, Stahlwerk Oeking 5,25, Werschden-Weissenfeller Braunkohlen 5, Pfla Th. 2,50, Max Feld 3,50, Sauerbrey & Köhler Gas 3,50, Einziger Filter 2, Hamb. Sildam, 2, Hansa 3,20.

Zum Kursnotiert. Berlin, 21. Novbr. 1912. 4 1/2% Badische Staatsanleihe 98/100 unkr. 18 96/00 G. 4 1/2% Bayerische Staatsanleihe 97,50 G. 4 1/2% Bayerische Staatsanleihe 60/100 1918 97,50 G. 4 1/2% Schwere-Bondenschatz 100/100 98,00 G. 4 1/2% Württemb. Staatsanleihe Metall 2,50 G. 4 1/2% Kassener Eisenbahn-Antw. 97, 1/2% Ostpreussische Schuldenversch. gr. 83/00 B. 4 1/2% Cottbusser Staatsanleihe 1900 - - - - - 4 1/2% Darmstadt. Stadt-Anl. 1909 unkr. 16 14/00 97, 1/2% Dessauer Staatsanleihe 1908 - - - - - 4 1/2% Ostpreussische Staatsanleihe 1900, 37, 08, 00 94/00 B. 4 1/2% Jensei Stadt-Anl. 1900 - - - - - 3 1/2% Jensei Stadt-Anl. 1902 - - - - - 4 1/2% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1905 unkr. 1918 - - - - - 4 1/2% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unkr. 1918 - - - - - 4 1/2% Thurgau 294, 1/2% Württemb. Staatsanleihe 4proz. Hessische Komm.-Ob. X. XII 66/20 G. 3 1/2% Oesterreichische Nordwestbahn-Obligationsloose 1874 konv. - - - - - 4 1/2% Deutsche Solway-Werke - - - - - 4 1/2% Erberfelder Farben unkr. 117/101 35. Felten & Giesele-Neumayer 93, 03 56/75 G. Verzeigte Landes-Engelstein 354/00 G.

Londoner Börse vom 21. Nov. Es notierten: Engl. Konsols 1912, Rio Tinto 117, Geduld 103, Goldfields 1911, Seal com 54, 1/2, Rand Mines 294, 1/2, Angloana 62, 1/2, Eastrand 58, 1/2, Chartered 60, Andora 66, 1/2, Angloana Cons. 62, 1/2, Angloana Cons. Goldfields 60, Van Ryn 35, 1/2, Albas (Gemeine) 66, Nord Collieries 4 1/2, West Rand Consols 816, General Mining & Fin. 4, G. & Co. 6, 57, Modderfontein 11, 18.

Der Kaffee-Kursmarkt.

Berlin, den 21. November.			
Kauf.	Verk.	Hauptst.	Kauf. Verk.
Alexanderhall.	7380	7150	2200 2500
Bergerstrasse	4750	4850	2000 3000
Bergerstr.	5000	5300	8100 8900
Bergerstr.	5000	5300	9000 10200
Carlsplatz	4400	4600	1000 1090
Fallerleben	1100	1175	2000 3040
Fischerhof	1975	2075	16800 11800
Güntherhall	1840	1780	1675 1160
Hansa-Silberbau	4550	4700	9 1/2 9 1/2
Reduz	1060	1075	2975 3200
Helligend.	975	950	28 1/2 30 1/2
Helligend.	319	344	50 1/2 62 1/2
Heldungen	740	800	50 1/2 50
Hohenfels	225	2500	1780 1800
Hugo	700	8150	7500 7600

Zuckerrefinerie Halle.

In Ergänzung unserer bisherigen Mitteilungen entnehmen wir dem Geschäftsbericht folgendes:

Das 32. Geschäftsjahr unserer Gesellschaft, welches mit dem 30. September 1912 schloss war ein besonders günstiges. Die grosse Rübenenernte ermöglichte es uns diesmal Rohmaterial in genügender Menge zu beschaffen, wofür uns am 1. Oktober 1912 aufgenommenen Betrieb annähernd volle zwölf Monate durchzuführen. Wir verarbeiteten während dieser Zeit 1.835.67 Zuckerrüben, die grösste Menge, die unsere Fabrik seit der von mehreren Jahren bewirkten Zusammenlegung und Neuerrichtung der Werke in einem Jahre zu bewältigen hatte. Die vollständige Ausnützung aller unserer Fabrikanlagen erzielte Ersparnis teilweise wieder verloren, weil eine bedeutende Erhöhung der Preise für alle Verpackungsmaterialien eintrat. Sie betrug, gegenüber der Zeit vor zwei Jahren, bei den Säcken beispielsweise vierzig Prozent.

Die nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen massgebenden Zuckerröhren oder Zuckerrohr bauenden Ländern eingebrochenen grösseren Ernten bewirkten während der ersten Hälfte des Betriebsjahres eine langsamere, aber fortwährende rückgängige Preisbewegung. Erst vom Monat April ab, als England eine besonders gute Aufnahmefähigkeit zeigte, konnten die Preise ihrer Höhe behauptet und sich langsam aufbessern.

Der Rohgewinn für 1912/13 beträgt bei vorstehender Bewertung unserer Bestände 1.415.824,28 Mk. Die Abschreibungen wurden auf 215.875,63 Mk. bemessen. - Wir bringen in Vorschlag, 960.000 Mk. gleich 16 Proz. Dividende auf das Aktienkapital von 6.000.000 Mk. zu verteilen, und die nach Ueberweisung der Tantiemen an Aufsichtsrat und Vorstand, sowie der Gratifikationen an Beamte und Arbeiter verbleibenden Ueberschuss von 17.662,25 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen. Unser Aktienbestand 1.465.600,00 Mk., Wechselbestand 135.182,50 Mk., Kreditoren in laufender Rechnung einschliesslich 5.740.970,35 Mk., 5.829.783,20 Mk., bleiben 4.820.351,15 Mk., die unter Hinzuziehung der realisierten Zuckerverkäufe von 1.440.137,30 Mk. mit 6.260.488,45 Mk. unsere verfügbaren Mittel bilden.

Die lange Betriebsdauer hatte zur Folge, dass wir, um Zeit für die notwendigen Reparaturen zu gewinnen, den Betrieb der neuen Kampagne erst am 13. Oktober eröffneten; bisher vollzieht sich die Arbeit befriedigend.

Reichsbank. Nunmehr liegt ein Zwischenausweis des Instituts vom 18. d. M. einschliesslich vor. Danach hat der Metallbestand des Instituts seit Abschluss des letzten Ausweises am 15. bis zum 18. d. M. einschließlich um 27 Mill. Mk. zugenommen (gegen eine Zunahme um 21 Mill. Mk. während der gleichen Zeit im Vorjahreszeit). Die Anlagen verminderten sich während dieser Zeit um 21 Mill. Mk. (gegen eine Abnahme um 95 Mill. Mk. im Vorjahre). Die fremden Gelder erfuhr eine Zunahme um 79 Mill. Mk. (gegen eine Zunahme um 21 Mill. Mk. im Vorjahre). Die ungedeckten Noten stellen sich am 18. d. M. einschliesslich

auf 230 Mill. Mk. gegen 896 Mill. Mk. im Vorjahre, so dass die Reichsbank um 366 Mill. Mk. besser dastehet als im Vorjahre. Zu berücksichtigen ist dabei, dass als Vergleichsdatum des Vorjahres der 4. d. 19. November kommt. Am 15. d. M. hatte das Plus gegen das Vorjahr nur 340 Mill. Mk. betragen.

Heldburg. Akt.-Ges. für Bergbau und Unstrut-Gruppe. Die im Zusammenhang mit der Abwicklung der Verpflichtungen der Fürstengruppe seit mehreren Monaten schwebenden Verhandlungen zur Neuordnung der geldlichen Verhältnisse der Unstrutwerke stehen vor der Entscheidung. Die vorliegenden Pläne, die von Geheimrat Kompp bereit sind, gehen etw. nach dem laufenden Gedachte eine Zuzahlung von etwa 7 1/2 Mill. Mk. und erhalten hierfür Schuldverschreibungen in der Höhe von 500.000 Mk., die hinter der Hypothek von 2 Mill. Mk. stehen würden. Um nun den Gewerker der Unstrut-Werke die grosse Last weiterer Zuzus zu ersparen, die in dem Bau chemischer Fabrikanlagen liegen würde, wird eine Interessengemeinschaft mit der Heldburg-Gesellschaft vorbereitet, insbesondere im Hinblick auf die zur Heldburg-Gruppe gehörige Gewerkschaft Rastenberg, die über eine hohe weimarische Fabrikkonzession verfügt und den vier Unstrutwerken benachbart ist. Die Heldburg-Gesellschaft erwirbt die vier Mehrheiten der Unstrutwerke gegen Gewährung entsprechender, noch nicht begabener Schuldverschreibungen der Heldburg, A.-G., die noch im Besitz dieser Gesellschaft sind. Die Heldburg-Gesellschaft würde auf diese Weise von ihrem Programm, ihre Bankschuld zu ermässigen, nicht abzugehen brauchen, da auch für die dringlichen Ausgaben der Unstrut-Werke die oben erwähnte Zuzahlung von 700 Mk. für den Kux zur Verfügung steht. Die Heldburg-Gruppe würden die Vorteile von vier neuen Beteiligungen zwischen sich und der Fabrik Rastenberg die aus der breiteren Herstellungs-Grundlage sich ergebenden Gewinne. Für die Unstrut-Gewerkschaften wird die schwierige Fabrikfrage gelöst. Es soll vorgesehen werden, um die Grundlage der Fabrik- und Beteiligungs-Uebersetzungsverträge im Interesse der Gesamtgewerker der Unstrut-Gruppe sicherzustellen, durch vorläufige Uebersetzung der in der Heldburg der Herzoglichen Salzwerke in Leopoldshald mit den Sonderfabriken. Ferner sollten für die Uebersetzungen von Beteiligungen Bedingungen massgebend sein, wie sich nach jeweiliger Marktlage bei drei beliebigem anderwertigen Käufervorkommen nach Wahl der Unstrut-Werke vorliegen. Die Unstrut-Werke vertragen zurzeit durchschnittlich 2 1/2 Tantiemen für das Werk). Die vorliegende Pläne sind bisher nicht endgültig. Die Entscheidung ist jedoch in allerhöchster Zeit zu erwarten.

Patzenhofer-Brauerei in Berlin. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der Generalversammlung eine Dividende von 15 Proz. (14 Proz. i. V.) bei Abschreibungen in Höhe von 1.709.117 Mk. (i. V. 1.554.639 Mk.) und einem Vortrag in ungefähr gleicher Höhe wie im Vorjahre vorzuschlagen.

Brauerei-AG. Bismarck Akt.-Ges. in Erfurt. Der für 1912/13 einschliesslich Vortrag verbleibende Gewinn von 368.821 (i. V. 353.060) Mk. soll in folgender Weise verwendet werden: Zu Abschreibungen 148.407 (144.036) Mk., zu Rückstellungen 33.183 (31.703) Mk., zu Tantiemen und Gratifikationen 15.378 (15.109) Mk., zur Zahlung von 7 Proz. Dividende 140.000 Mk. (wie i. V.) und 31.852 (22.246) Mk. zum Vortrag auf neue Rechnungen.

Der Aufsichtsrat des Bürgerlichen Brauhaus Hannover schlägt für das abgelaufene Geschäftsjahr auf das erhöhte Aktienkapital wiederum 9 Proz. Dividende vor.

Neueröffnete Konkurrenz. Kino-Anlagen G. m. b. H., Berlin-Wilmersdorf, Kin. Arthur Priebe, Stuthoff, Kin. Bernhard Bühler, Brunshausen. Fa. Toepel & Comp., Erfurt, Kammerhandwerk Komunik. Litterer, Gebweiler. Fa. M. Jepsen Rederei, Kollenhäuser August Grabbe, Horn (Lippe). Königberger Schweine-Mastanstalt, Königberg i. Pr. Selterswasserfabrik Adolf Kessemeier, Lemgo. Reitmayer & Weber, Kollenhäuser, Ludwigshafen (Rh.). Kin. Karl Geiger, München. Ziegeleien, Wilhelm Texdorf, Niederrhein. Kin. Franz Fried, Eversten. Installateur Julius Dieter, Recklinghausen. Eisenwarenhändler Theodor Coers, Heerstraße, Ferdinand Boesch, Strade. Schneidermeister Johann Adam, Lügau.

Waren und Produkte.

Getreide.
Berliner Produktmarkt, 21. Novbr. Am Frühmarkt notieren Weizen inkr. 161,00-169,00 ab Bahn u. frei Mühle, Roggen 150,00-154,00 ab Bahn u. frei Mühle, Hafer 141,00 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische u. ausländische Futterwaare mittel 160-168, Taubenerbsen 169-193 ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 22,00-27,25. Roggenmehl 0 und 1 19,30-21,40. Weizenkleie 9,75-10,25. Roggenkleie 9,75-10,25. Lupulin, blaue - - - - - gelbe - - - - - Ostbahn, 21. Novbr. (Getreidemarkt). Weizen stetig mecklenb. u. mecklenburger 184-160/0. Roggen stetig mecklenb. u. a. märk. neu 154-168,00, russ. eif. 9 Pud 10/15 Aug. - - - - - Gerste stetig, südruss. eif. Nov. 11,25. Hafer, fest, neuer holsteiner und mecklenburger 157-164, Mai, fest, amerikanisch, mixed eif. per Jan.-April - - - - - La Plata eif. Livorno 21. Novbr. Stetig. Roter Winterweizen per Dez. 7-11, 1/2, per März 7-2 1/2. Mais rubig, La Plata Dezbr. 4-9 1/2, bunter amerik. Januar 5 - - - - -

Budapest, 21. Novbr. Weizen, Tendenz stetig, per April 11,30 Roggen, Tendenz stetig, per April 8,75. Hafer, Tendenz stetig, per April 7,34. Mais, Tendenz stetig, per Mai 6,96. Anтверп, 21. Novbr. Deutsche K. K. Getreidekontrakt für Novbr. 8,22 1/2, Dezember 8,12 1/2, Januar 8,05, Febr. 8,00, März 8,95. Umsatz 170000 Q. Tendenz: stetig.

Kartoffelmehl und Stärke.
Magdeburg, 21. Novbr. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 Q. 18,50-19,00. Rubig.

Zucker
Magdeburg, 21. Novbr. Abend-Kurs. November 9,37 1/2, Dezember 9,42 1/2, Jan.-März 9,55, Mai 9,75, August 9,87 1/2, Okt.-Dez. 9,80. Tendenz stetig.
Hamburg, 21. Novbr. Ribbenrohmelzer, 1. Prod., Basis 88 1/2, Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg
per November vorm. nachm. abends
per Dezember 8,42 1/2 8,42 1/2 8,42 1/2 M.
per Jan.-März 8,57 1/2 8,57 1/2 8,57 1/2
per Mai 8,80 8,80 8,77 1/2 8,75
per August 10,02 1/2 10,00 10,00
per Okt.-Dez. 9,85 9,85 9,82 1/2
rubiger schwächer

Kaffee.

	Hamburg, 21. Novbr.	Godo average Santos vorm. nachmittags abends
per Dezember	51,00	51,50 G.
per März	52,00	52,75 G.
per Mai	52,25	53,25 G.
per September	54,25 G.	54,25 G.
	stetig	beht. beht.

Rio de Janeiro, 21. Novbr. Kaffee-Zutrohen 18000 Sack in Rio, 41000 Sack in Santos.
Havre, 21. Novbr. Kaffee good average Santos per Dez. 64,50, per März 65,00, per Mai 65,75, Sept. 66,75. Stetig.

Fettwaren und Öle.
Köln, 21. Novbr. Röhbl per 100 kg 70,00, per Mai 67,50.
Hamburg, 21. Novbr. Stadtschmaltz 65,00, amerikan. Steam 55,50, Chamberlain 57,75.

Spiritus.
Nordhausen, 21. Novbr. Brantwein 85 Vol. Proz. für 100 kg (104-105) 80,75-81,75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106) 119,00-122,50 M., per 100 kg 129 ohne Fass ab Brenner.

Chemische Produkte.
Hamburg, 21. Nov. Chlorsäure per 100 kg 9,90, Febr.-März 10,12 1/2, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: ruhig.
Wolle.
Bremen, 21. Novbr. Baumwolle Upl. loco middl. 67,50.
Liverpool, 21. Nov. Agypt. Baumwolle für Jan. 10,13.
Lisbon, 21. Novbr. Baumwolle, Usance 9,000 Ballen.
Import 14.000 Ballen, davon amerik. Lieferg., 14.000 Ballen.
Alexandria, 21. Novbr. Aegyptische Baumwolle für Jan. 19,14, März 19,21, Mai 19,26.

Metalle.
London, 21. Novbr. Chlorkupfer träge 66 1/2, 9 Mon. 63 1/2, Zinn, Straits katig. 179 1/2, 3 M. 180 1/2, Blei span, schwach 18 1/2, engl. 19 1/2, Zink, gew. Marke, stetig 20 1/2, spez. Marke 21 1/2.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabeilmeldung via Azoren-Senden.

New York, 21. 11. 20. 11.			
Weizen per Dez.	95 1/2 96 1/2	Roggen loco 68 1/2 69 1/2	
per Mai	98 1/2 99 1/2	Schmalz per Nov.	10,70 10,85
Mais loco	37,00 37,50	per Jan.	10,90 10,97
Mahl Springfield	3,75 3,75	New York	
Chicago.		Petroleum in Cases	11,25 11,25
Weizen per Dez.	86 1/2 86 1/2	do. in Stand. White	8,75 8,75
per Mai	90 1/2 90 1/2	do. in Grad. Balance	200 200
Mais per Dez.	70 1/2 71	Kaffee loco	9 1/2 9 1/2
per Mai	70 1/2 70 1/2	per November	9,25 9,25
Hafer per Dez.	38 39 1/2	per Januar	9,90 9,90
per Mai	41 1/2 42		

Tendenz Weizen stetig, Mais willig.

Schiffsnachrichten

Norddeutscher Lloyd in Bremen
(Bureau in Halle: L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse.)
Dampfer-Expeditionen in der Zeit vom 15. bis 22. November:
Ab Bremerhaven: Kronprinzessin Cecilie 18. Nov. nach New York über Southampton-Cheerbourg. Köln 19. Nov. nach New Orleans über Boston. Seydlitz 19. Nov. nach Australien. White-Kind 20. Nov. nach Baltimore. Chemnitz 20. Nov. nach Galveston über Spanien und Cuba. Friedrich der Grosse 22. Nov. nach New York. - Ab New York: Kaiser Wilhelm II. 18. Nov. nach Bremen über Plymouth und Cherbourg. - Ab Genua: Berlin 18. Nov. nach New York über Neapel, Palermo und Gibraltar. - Ab Mar-seille: Prinzregent Luitpold 19. Novbr. nach Alexandria über Neapel. - Ab Alexandria: Prinz Heinrich 19. Nov. nach Mar-seille über Neapel. - Ab Köln: Prinz Waldemar 20. Nov. nach Sydney über Hongkong und Neu-Guinea. - Ab Buenos Aires: Coburg 21. Nov. nach Bremen. - Ab New York: Grosser Kurfürst 22. Nov. nach Bremen über Plymouth und Cherbourg.

Neueste Dampferbewegungen:
Tübingen 13. Nov. Dover passiert. Frankfurt 13. Nov. von Bremerhaven. Hannover 13. Nov. in Boston. Norderey 14. Nov. von Antwerpen. Sigmaringen 13. Nov. in Bahia. Sierra Salvada 13. Nov. in Antwerpen. Rheinland 13. Nov. von Emden. Ulrich 14. Nov. Kapstadt passiert. Yorck 12. Nov. in Hongkong. Bülow 13. Nov. von Genua. Litzow 14. Nov. in Antwerpen. Berlin 13. Nov. in Genua. Kronprinzessin Cecilie 13. Nov. in Bremerhaven. Main 12. Nov. von Baltimore. Sierra Ventana 13. Nov. von Vigo. Goeben 12. Novbr. Gibraltar passiert. Greifswald 13. Nov. von Teneriffa. Ganelon 14. Nov. von Brisbane. Guelstein 13. Nov. in Genua. Prinz Heinrich 12. Nov. von Marseille. Prinzregent Luitpold 12. Novbr. von Alexandria. Schleswig 13. Nov. in Alexandria.

Oesterreicher Lloyd.
(Vertreter in Halle: Max Lippmann, Volkmanstr. 4.)

Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: nach Venedig: 25. Nov. Metcovich; nach Dalmatien: 22. Nov. Eiliffine Triest-Cattaro (A) Graf Wurmbrand, 23. Nov. Dalmatinisch-albanische Eiliffine Baron Bruck, 24. Nov. Linie Triest-Spiz (A) Brioni, 25. Nov. Eiliffine Triest-Cattaro (A) Prinz Hohenlohe, 26. Nov. Dalmatinisch-albanische Linie Albanien (A) berührt: Pola, Lussipicchio, Zara, Spalato, Gravosa, Castelnuovo und Cattaro; nach der Levante und dem Mittelmeer: 23. Nov. Griechisch-orientalische Linie (A) Dalmatia, 23. Nov. Linie Triest-Syrien (A) Baron Cal, 25. Nov. Eiliffine Triest-Konstantinopel Leopold; nach Ostindien, China, Japan: 30. Nov. Desz. Szanghal Koerber, 1. Dez. Triest-Bombay Semiramis, 5. Dez. Triest-Kalkutta Perla, 10. Dez. Triest-Kobu Vorwaerts, 16. Dez. Triest-Bombay Cleopatra.

Wasserstände.

(+) bedeu't über, - unter Null.

Stelle	19. Novbr.	20. Novbr.	21. Novbr.	22. Novbr.
Arena	0,00	0,00	0,00	0,00
Neub. Oberpegel	- 0,08	- 0,10	- 0,10	- 0,10
Unterpegel	- 1,14	- 1,16	- 1,16	- 1,16
Wassensoll. Oberpegel	- 2,06	- 2,09	- 2,09	- 2,09
Unterpegel	- 3,00	- 3,00	- 3,00	- 3,00
Troth	18	17,00	16,00	16
Alteleben. Oberpegel	19	19,20	19,20	19,20
Unterpegel	- 1,30	- 1,34	- 1,34	- 1,34
Barmhuder. Oberpegel	- 1,58	- 1,63	- 1,63	- 1,63
Unterpegel	- 3,08	- 3,08	- 3,08	- 3,08

Isar. Eger. Elbe. Moldau.

Stelle	Novbr.	Fall	Wuchs
Jungbunzel	36	+0,5	-
Lann	6	- 0,17	10
Bodweil	21	+0,12	4
Frag	20	- 0,12	26
Pandisbau	30	- 0,12	26
Brandels	19	- 0,34	19
Mölnitz	21	- 0,34	19
Lehmhau	21	- 0,34	19
Aussig	19	- 0,76	6
Dresden	19	- 0,97	30
Fogau	19	+0,41	14

18,2 Fall gemeldet.

Main table containing financial data, stock prices, and exchange rates. Columns include various stock symbols (e.g., A.G., B.G., C.G.), their respective prices, and other market indicators.

Vertical text on the right edge of the page, possibly a page number or additional publication information.